

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis v. 1.—7. November: RM. 15 000 000 000 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verkehr . . . zuzügl. Postbestellgeb. Einzelnummern 2 250 000 000 RM. Girokonto 50 b. d. Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad, Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Hübnerle u. Co. Wildbad, Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum i. Bez. Grundr. RM. 30 außerh. 35 einschl. Inf.-Steuer. Reklamezeile 70 M. Schlüsselz. 100 Millionen Rabatt nach Tarif. Für Offert. u. h. Kunstfertigkeit werden jew. 1 Milliarde mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vorm. In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Betreibung notwendig wird, fällt jede Nachschickung weg.

Ornd der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.

Nummer 259

Gericht 179

Wildbad, Dienstag, den 6. November 1923

Gericht 179

58. Jahrgang

Das dritte Kabinett Stresemann

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter.

Auf Mittwoch dieser Woche ist eine Vollziehung des Deutschen Reichstages angelegt, in der es zu einer allgemeinen politischen Aussprache kommen soll. Es kann aber auch anders kommen. Reichkanzler Stresemann kann die Unterschrift des Reichspräsidenten aus der Tasche ziehen und den Reichstag auflösen mit der Begründung: Die Große Koalition ist tot. Wir wissen nicht mehr weiter. Die Große Koalition hat an einer Ungeklärtheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die Stimmungsmacher der Partei, in Amerika nennt man sie wohl die „Bosser“, erklärten sich schwer gekränkt durch die Ernennung Dr. Heines zum Reichstagspräsidenten für Sachsen, durch die Abfertigung der sächsischen Landesregierung und durch die ganze Art, wie die sächsischen Minister unter Mitwirkung der Militärs davon gesagt worden seien. Sie zwangen die Reichstagsfraktion, dem Kanzler ein Ultimatum, um nicht zu sagen ein Vein zu stellen. Mehr noch, sie sorgten dafür, daß das Ultimatum sofort in ihrer Presse erschien, damit die Öffentlichkeit, ohnehin gereizt durch die Erschütterungen auf dem Wirtschafts- und Währungsgebiete, an der Wichtigkeit der parlamentarischen Krise keinen Zweifel hegen sollte. Die drei Forderungen des Ultimatums: Aufhebung des militärischen Ausnahmezustands, Vorgehen gegen Bayern wegen „Verfassungsbruch“ und Zurückziehung der Reichswehrtruppen — hätten sich vielleicht im Schoß des Reichstags abgemildert auf gutlichem Weg erledigen lassen. Da die Angelegenheit aber nun einmal an die große Glocke gehängt war, durfte der Eindruck nicht erweckt werden, als sehe der ermächtigte Diktator Stresemann unter dem Diktat der Sozialdemokratie. Lange genug ist der Vorwurf des Marxismus dieses Kabinetts in allen Gassen ausgerufen worden. Rein sachlich waren ja auch alle Voraussetzungen, das Ultimatum abzulehnen, gegeben: Die innerpolitische Lage ist zum Reißen gespannt. Die Verhältnisse in Sachsen sind durchaus nicht befriedigend geregelt. An der thüringisch-bayerischen Grenze gehen Dinge vor, die den verantwortlichen Leiter der Reichspolitik nicht veranlassen können, den Ausnahmezustand aufzuheben oder die vollziehende Gewalt jetzt schon wieder an Zivilpersonen zu übertragen. Dem Reichkanzler blieb also dem Ultimatum gegenüber nichts anderes übrig, als entweder selber zurückzutreten oder die drei sozialdemokratischen Mitglieder seines Kabinetts, Vizekanzler Robert Schmidt, Reichsinnenminister Solmann und Reichsjustizminister Dr. Kadbruch zum Rücktritt aufzufordern. Letzteres geschah. Die Sozialdemokratie hat ihren Willen, und das deutsche Volk, von unerhörten Sorgen und Wirren bedrängt, steht vor der Notwendigkeit, sich von einem dritten Kabinett Stresemann regieren zu lassen.

Wie soll dieses Kabinett aussehen? Es gibt drei Möglichkeiten, erstens die Kleine Koalition, also eine Arbeitsgemeinschaft der Mitte, gestützt auf die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten. Eine solche Regierung läuft ständig Gefahr, sich in der parlamentarischen Minderheit zu befinden. Aus Sozialdemokraten, Deutschnationalen, Bayerischer Volkspartei, Kommunisten und Deutschvölkischen kann sich jederzeit eine Opposition zusammenfinden, die dieser Minderheitsregierung das Leben unmöglich macht. Zweitens läßt sich an den Eintritt der Deutschnationalen in das neue Kabinett denken. Darüber ist nach der Abdankung der Sozialdemokraten in den Fraktionszimmern des Reichstages eifrig verhandelt worden. Kommt es zum Einzug der Deutschnationalen, so müßten sich selbstverständlich alle bürgerlichen Parteien damit einverstanden erklären. Sonst liegt wieder eine Minderheitsregierung vor. Von Seiten der Demokraten wird aber bis jetzt der lebhafteste Widerspruch erhoben, mit den Deutschnationalen zusammenarbeiten. Kommt die Einigung nicht zustande, so bleibt dem Kabinett, das sich selbst als die „letzte parlamentarische Regierung“ bezeichnet hat, nichts anderes übrig als die Reichstagsauflösung.

Was geschieht aber dann bis zu den Wahlen? In ruhigen Zeiten könnte man sich mit einem Geschäftsministerium besinnen. Der Kanzler veranlaßt drei Beamte oder Wirtschaftsführer unpolitischen Charakters, die verwalteten Posten des Kabinetts einzunehmen. Im Zeichen der Diktatur und des Ausnahmezustands erscheint diese Zwischenlösung undurchführbar. Hoffentlich sind sich die Parteien der schweren Verantwortung dieses Augenblicks bewußt. Entweder gelingt die Ergänzung des Kabinetts auf politischem Weg oder die Reichsregierung bricht endgültig auseinander.

Befährdung der „Wertbeständigkeit“

Die Vorzeichen, unter denen das wertbeständige Geld ins Leben trat, sind nicht gerade erfreulich. Es hat besonders an den Vorbereitungen gefehlt, für die man vor lauter

Tagespiegel

Zentrum und Demokratie widersehen sich der Einbeziehung der Deutschnationalen in eine neue Regierungskoalition. — Wie verlautet, ist der württ. Minister Bolz nach Berlin gereist, um vermittelnd zu wirken. Gerücheweise hört man, daß auch in Württemberg wichtige Veränderungen zu erwarten sein sollen.

Die amerikanischen Bankiers meinen, die Voraussetzung für eine Lösung der Entschädigungsfrage müsse die Verpfändung des deutschen Besitzes — wohl auch des Privatbesitzes — durch eine erste Hypothek sein.

Parteiangelegenheiten keine Zeit hatte. Die Dollarschatzanweisungen sind fast ausverkauft, die Reichsgoldanleihe ist nur in ungenügender Menge vorhanden, die Rentenmark ist noch immer nicht da und die Goldnote der Reichsbank steht in weiter Ferne. Dies die Lage am Schluß der vorigen Woche gegenüber einem Heißhunger nach wertbeständigem Geld. Die Berliner amtliche Dollarnotierung, eingezwängt in den von der Reichsbank festgesetzten Einheitskurs, eröffnete am Montag die vorige Woche mit 65 Milliarden und schloß am vergangenen Samstag mit 421 Milliarden; Dollarschatzanweisungen wurden im Freiverkehr mit einem Aufgeld von 60 bis 75 Prozent gehandelt, die Goldanleihe selbst stieg amtlich von 65 auf 420 Milliarden, was den Freiverkehr der Börse nicht hinderte, sie auf 700 Milliarden und darüber hinaufzutreiben. Die „wertbeständige Reichsanleihe“, die die „Wertbeständigkeit“ einleiten sollte, war schon in den ersten Tagen des November zum Spielball wilder Spekulation geworden, gegen die die Reichsbank machtlos war. Das Gegenmittel, das auf Drängen der Reichsbank von der Reichsregierung durch Verordnung in letzter Stunde verfügt wurde, die Unterstellung auch der Goldanleihe unter den Einheitskurs, wird das Uebel nicht an der Wurzel treffen, wie das Beispiel der bereits dem gleichen Zwang unterliegenden Dollarschatzanweisungen zeigt. Der Versuch, den Bedarf an festen ausländischen Zahlungsmitteln durch Erschließung (Dollarschatzanweisungen und Goldanleihe), die in ungenügender Menge vorhanden sind, zu befriedigen, hat vorläufig verfehlt. Die neuen wertbeständigen Zahlungsmittel unterlagen Kurschwankungen und Spekulationswachsenschaften, die sie der verfallenen Papiermark in bedenkliche Nähe rückt und ein ungeheures Emporschnellen der Warenpreise zur Folge hatten.

Für den 10. November ist nun die Ausgabe der Rentenmark in Aussicht gestellt, womit gleichzeitig die Stilllegung der Rentenpresse verbunden sein soll. Die Rentenmark kann aber, worauf von der Rentenbank selbst aufmerksam gemacht wurde, nur dann ein wertbeständiges Geld werden, wenn der neuen Währung durch weitestgehende Einschränkung der Reichsausgaben die unerlässliche wirtschaftliche Stütze gegeben wird, und wenn ferner die Währung nicht zum Werkzeug internationaler Wachsenschaften gemacht wird. Das Reich wird ja doch wohl z. B. in die Gasse kommen, die Rentenmark auch ins besetzte Gebiet zu senden, die Rentenmark auch ins besetzte Gebiet zu senden, wie sie bisher die Papiermark beschlagnahmt haben, — wenn sie die Rentenmark ebenso an ausländischen Börsen in Massen auf den Markt werfen und entwerfen, wie die Papiermark, was dann? Mit diesen Fragen wird sich die Reichsregierung rechtzeitig beschäftigen müssen, damit es nicht wieder traurige Ueberraschungen gibt.

Endlich, wenn die Reichsregierung nicht in der Lage ist, dem Verkehr wertbeständige Zahlungsmittel in genügender Menge zur Verfügung zu stellen, so werden die Bundesstaaten, Gemeinden und die Privatunternehmungen wohl oder übel genötigt, für ihr engeres Gebiet zur Ausgabe wertbeständiger Geldes zu schreiben, wie dies ja schon in Baden, Württemberg, Bayern, Hessen, Hamburg, in einzelnen preussischen Provinzen, in Städten und von industriellen Betrieben geschieht, ganz abgesehen von dem ins Kraut schießenden Notgeld. Daß darin auch eine Schwächung des Reichsgedankens liegt, kann aber wohl kaum bezweifelt werden. Das von Bismarck neugegründete Reich sah mit vollem Recht in der einheitlichen Ordnung des Geldwesens eine seiner dringlichsten Aufgaben, und die im Zollverein erreichte handelspolitische Einheit ist erst durch die Beseitigung der geldwirtschaftlichen Zersplitterung vollendet worden. Die Auflösung der Geldeinheit muß auch politische Folgen haben.

Neue Nachrichten Bayern und Thüringen

Aufmarsch des republikanischen Kampfbunds und der Ehrhardt-Leute

Berlin, 5. Nov. Die „B. Z.“ erfährt aus dem Reichswehrministerium, an der bayerisch-thüringischen Grenze befinden sich drei Kompagnien (4—500 Mann) thüringischer Landespolizei und auf der bayerischen Seite etwa fünf Kompagnien (7—800 Mann) bayerische Landespolizei, die gegen das Anmarschieren kommunistischer und sozialistischer Trupps von Norden und der Ehrhardt-Leute von Süden gegeneinander die Grenze sichern. Die Ehrhardt-Leute (vaterländische Kampftruppe) sollen etwa 1000 Mann stark sein; sie suchen sich durch Anwerben zu verstärken, es fehle ihnen aber an Geld und Lebensmitteln, weshalb die bayerische Regierung überzeugt sei, daß das Freikorps sich rasch auflösen werde. Die bayerische Landespolizei sei angewiesen, eine Grenzüberbrechung zu verhindern, im übrigen aber sich mit dem Korps nicht einzulassen. Gegen etwaige Ueberraschungen seien Vorkehrungen getroffen. In Thüringen liegen ein Infanterie- und ein Artillerieregiment sowie Reiterei der Reichswehr, die gegen einen Anschlag der Ehrhardt-Leute ausreichend seien. Die Anwerbung von Freiwilligen durch den „republikanischen Kampfbund“ gegen Bayern sei nicht erwünscht.

Die „B. Z.“ hält es für möglich, daß die Kommunisten die Mobilisierung des republikanischen Kampfbunds für ihre Zwecke ausnützen wollen, um sich für einen zweiten 9. November Waffen zu verschaffen.

Wichtige Nachrichten aus Bayern

Berlin, 5. Nov. Am Samstag fand ein Kabinettsrat statt, der sich mit verschiedenen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen befaßte, jedoch wurden die Beratungen nicht zu Ende geführt. Der Reichskanzler wurde durch das Eintreffen wichtiger Nachrichten aus Bayern zu einer sofortigen Besprechung mit dem Reichspräsidenten und dem Reichswehrminister genötigt. Es verbreitete sich das Gerücht, Bayern habe an die Reichsregierung ein Ultimatum gestellt. Das ist aber ganz grundlos. Es handelt sich vielmehr um Nachrichten, die von privater Seite aus München stammen, daß die bayerischen Kampfverbände eine außerordentliche Tätigkeit entwickeln. Es wurde nämlich in voriger Woche durch das Reichswehrministerium festgestellt, daß die thüringische Regierung an der bayerischen Grenze starke Abteilungen thüringischer Landespolizei aufgestellt habe, worauf Bayern Gegenmaßnahmen zum Schutz seiner Grenzen traf. Wenige Stunden vor seinem Rücktritt hatte der Reichsminister des Innern, Solmann, bei der bayerischen Regierung angefragt, was die Vorbereitungen im Norden Bayerns bedeuten sollen. In München sei man entsetzt, daß Solmann anscheinend die bayerische Regierung eines Angriffs habe verdächtigen wollen, obgleich ihm nach den Feststellungen des Reichswehrministers hätte bekannt sein müssen, daß die Bedrohung von der Regierung in Weimar ausging.

Die Meldung des „Vorwärts“, Generalstaatskommissar v. Kahr habe den bayerischen Ministerpräsidenten v. Künzing zum Rücktritt gezwungen, wird von amtlichen Berliner Kreisen als Erfindung bezeichnet.

Verdächtigungen gegen Bayern

München, 5. Nov. Die durch den Berliner „Vorwärts“ und andere Blätter verbreiteten Gerüchte, daß die bayerische Regierung gestürzt und ein Ultimatum nach Berlin geschickt worden sei, sowie daß bayerische Truppen auf Berlin marschieren, vom Generalstaatskommissar sowohl wie vom Ministerpräsidenten als böswillige Verleumdungen erklärt, die Berlin und München gegeneinander hegen sollen.

Der Landtag des Landtags lehnte den Antrag der Demokraten und Sozialdemokraten, den Landtag sofort einzuberufen, ab. Der Landtag solle erst zusammenreten, wenn die Krise im Reichskabinett geklärt sei, etwa in der letzten Novemberwoche. Außerdem ist der Staatshaushaltplan wegen der neuen Geldentwertung noch nicht fertiggestellt.

Paris, 5. Nov. Aus Brüssel wird gemeldet, die britische Regierung habe den Verbündeten mitgeteilt, Bayern könnte als unabhängiger Staat nur anerkannt werden, wenn es befriedigende Zusagen über die Ausführung des Friedensvertrags mache.

Zeitungsverbot

München, 5. Nov. Reichswehrminister Gessler hat den nationalsozialistischen „Völkischen Beobachter“ erneut für das Reichsgebiet verboten. Auf Bayern erstreckt sich das Verbot nicht.



In den Schnellzug nach Frankfurt steigt ein Herr...

Kindermund

„Großpapa, warst du auch in der Arche Noah?“

Aus der Schule

Ein Schulbube beschwerte sich wiederholt bei seinem Vater...

Etwas von Mark Twain

Mark Twain, der bekannte amerikanische Humorist...

Liederanfänge und Endungen

Es reden und träumen die Menschen so viel - von Konzernen.

Das Lieben bringt groß' Freud' - für Hebammen.

Es liegt eine Krone im grünen Rhein - die einem Hochzeitsgäster vom Schiff geflattert ist.

Notiales

Wildbad, den 6. Nov. 1922

Brotpreis. In Neuenbürg ist der Brotpreis heute für 1 Kilo 28 Milliarden...

Der verbilligte Brotpreis von 4 1/2 Milliarden in den letzten 3 Tagen...

Eingefandt

Die rasend zunehmende Geldentwertung und dadurch die entsehlliche Steigerung aller Lebensmittelpreise...

zu stellen. Wer davon Gebrauch machen will, wird dort einem Haushalt zugeteilt.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 5. Nov. 421 050 000 000 (unv).

Seit einiger Zeit wird die Reichsmark an der New Yorker Börse amtlich nicht mehr notiert...

Der Wert von 1 Milliarde Mark in Pfennigen am 3. Nov.

Goldankaufpreis der Reichsbank am 5. Nov. 1926 758 000 000

Für Reichsilbermünzen wird ab 5. November der 35milliardenfache Betrag des Nennwerts bezahlt.

Noch kein fester Umrechnungskurs. Am 5. November war der vom Reichskabinett am 3. Nov. beschlossene Umrechnungskurs...

Golddeckung durch neue Goldschahanweisungen und durch Devisen.

Gegen die Goldanleihe-Spekulation wird die Reichsregierung alle Käufe...

Geldwertverminderung. Daß auch die ausländischen Geldsorten seit dem Kriegsjahre zum Teil sehr bedeutende Wertverminderung...

An wertbeständigem Geld lieferte die Reichsdruckerei bis jetzt am 1. Nov. 214 000 000 Stück...

An Reichsbanknoten lieferte die Reichsdruckerei am 3. Nov. 3 692 000 Millionen Mark.

Stuttgarter Börse, 5. Nov. An der Börse hat die stürmische Nachfrage nach Aktien nachgelassen.

Stuttgarter, 5. Nov. Landesproduktionsliste. Umfänge meist in Goldmark.

Berliner Getreidepreise am 3. Nov. in Goldmark für 100 Kilo.

Stuttgarter, 5. Nov. Landesproduktionsliste.

Stuttgarter, 5. Nov. Landesproduktionsliste.

Rosenfeld 24. Suzl, 5. Nov. Dem Viehmarkt waren zugeführt 11 Farren...

Rosenburg, 5. Nov. Schranne. Beläufigem Angebot und gesteigerter Nachfrage...

Stuttgarter, 5. Nov. Landesproduktionsliste.

Table with 4 columns: Location, Currency, Date, and Rate. Includes Berlin, Holland, Belgien, etc.

Table with 2 columns: Item and Rate. Includes Goldmark Briefkurs, Reichsbankdiskont, etc.

Sport

Badisch-württ. Bezirksliga. FK Mühlburg - Riechers 3:2 (2:1).

Der Multiplikator für Bewertung der Sachzüge

beim Lohnabzug beträgt ab 1. November 1923: sechs-tausend; als Grundzahlen gelten die im „Wildbader Tagblatt“ vom 21. 9. 23 Nr. 220 veröffentlichten Sätze.

Advertisement for soap: Mindestens eine Milliarde Mark zahlen wir kurzzeit für jedes Kilo Lumpen, alte Bücher, Zeitungen, alte Akten und Skripturen!!

Advertisement for Dixin soap: Ein Seifenpulver wie es sein soll preiswert und gut.

Advertisement for Jener dunkle Ehrenmann, featuring a portrait and text: der mich bei Herrn Jüptner denunzierte...